# Geseß=Sammlung

fur die

## Königlichen Preußischen Staaten.

No. 13.

(No. 810.) Allgemeines Gefetz wegen Anordnung ber Provinzialstande. Bom 5ten Juni 1823. and a. i fram 1826, 17 fram 1805 e

## Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen 20. 10.

haben, um Unfern getreuen Unterthanen ein neues bleibendes Pfand landesväterlicher Huld und Vertrauens zu geben, beschlossen, in Unserer Monarchie die stanbischen Berhaltniffe zu begrunden, und deshalb Provinzialstande im Geiste der älteren deutschen Berfassungen eintreten zu lassen, wie solche die Eigenthumlichkeit des Staats und das mahre Bedürfniß der Zeit erfordern.

Gine Rommiffion, unter dem Borfige Unfers Cohnes, des Kronprinzen Königliche Hoheit, ist von Und beauftragt worden, diese Angelegenheit vorzubereiten, und barüber mit erfahrnen Mannern aus jeder Proving in Berathung zu treten.

Auf den von derselben an Uns erstatteten Bericht, verordnen Wir:

Es sollen Provinzialstände in Unserer Monarchie in Wirksamkeit treten.

II.

Das Grund = Eigenthum ift Bedingung ber Standschaft.

TIII.

Die Provinzialstände find bas gesetzmäßige Organ ber verschiebenen Stande Unserer getreuen Unterthanen in jeder Provinz.

Diefer Bestimmung gemäß werden Wir

1) die Gesetzes = Entwurfe, welche allein die Provinz angehen, zur Berathung

an sie gelangen, ihnen auch,

2) so lange keine allgemeine standische Verfammlungen flatt finden, die Ent= wurfe solcher allgemeinen Gesetze, welche Veranderungen in Personen = und Gigenthumsrechten und in den Steuern zum Gegenstande haben, so weit sie die Proving betreffen, zur Berathung vorlegen laffen; 3) Bit=

Sahrgang 1823.

3) Bitten und Beschwerben, welche auf das spezielle Wohl und Interesse ber ganzen Provinz oder eines Theils derfelben Beziehung haben, von den Provinzialständen annehmen, solche prufen und sie darauf bescheiden, und

4) die Kommunal = Angelegenheiten der Provinz ihren Beschluffen, unter Bor=

behalt Unferer Genehmigung und Aufsicht, überlaffen.

Dem gegenwärtigen Gesetze, bas jedoch auf Neufchatel und Ba= langin keine Unwendung findet, wollen Wir fur jede Proving ein besonderes Geset, welches die Form und die Granzen ihres standischen Verbandes bestimmt, nachfolgen laffen.

Sollten Wir kunftig in diesen besondern Gesetzen Abanderungen als wohl= thatia und nutlich erachten; so werden Wir diese nur nach vorhergegangenem

Beirath der Provinzialstände treffen.

Wann eine Zusammenberufung ber allgemeinen Landstände erforderlich senn wird, und wie sie dann aus den Provinzialständen hervorgehen sollen, darüber bleiben die weiteren Bestimmungen Unserer landesvåterlichen Fürforge vorbehalten.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhandigen Unterschrift und Beidrückung Unferes großen Roniglichen Insiegels.

Gegeben Berlin, ben 5ten Juni 1823.

#### (L. S.) Friedrich Wilhelm.

von Schuckmann.

C.O. 4. 27 Febr 30, 20. n.17 duy. 1825 95. neg 193.

(No. 811.) Gefet megen Anordnung ber Provinzialstanbe fur bie Mark Brandenburg und das Markgrafthum Niederlausit. Bom Isten Juli 1823.

#### Vir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen 2c. 2c.

M.O. v. 28 Norhikos: ertheilen, in Folge des wegen Anordnung der Provinzialstände in Unserer Monar= ga puo 1809 pag 221 thie am 5ten Juni d. J. erlassenen allgemeinen Gesetzes, für den ständischen Ber= band der Mark Brandenburg und des Markgrafthums Niederlausis, nachstehende besondere Borschriften.

I. Bestim= mung ber in Ber= diesem bande begrifs fenen Landes= theile.

- S. I. Diefer Berband begreift
  - 1) die Churmark,
  - 2) die Neumark,
  - 3) die Miederlausis.

Bur Churmark treten in standischer Beziehung die Alemter Belgig, Dahme und Juterbogk und die Herrschaft Baruth.

Mit

Mit der Neumark werden vereinigt der Schwieduser Kreis, imgleichen die Orte Schermeissel und Grochow.

Bur Niederlausit fommen die Memter Finsterwalte und Senftenberg.

Sonst giebt überall die frühere historische Begrenzung die Regel für diesen ständischen Verband, mit alleinigem Ausschluß der Enklaven, welche bei den Areissen bleiben, zu denen die neue Verwaltungs=Eintheilung sie gelegt hat.

sen bleiben, zu denen die neue Verwaltungs=Eintheilung sie gelegt hat,	
S. 2. Die Stände dieses Verbandes bestehen, und zwar	II. Benen=
I. der erste Stand	nung der Pro- vinzial-Stan-
a) aus dem Domkapitel zu Brandenburg,	de.
b) aus dem Grafen zu Solms = Baruth,	
c) aus dem Herrenstande der Niederlausit,	
d) aus der Ritterschaft;	with the second
II. der zweite Stand	the month
aus den Städten;	A STORY OF VA
III. der britte Stand	
aus den übrigen Gutsbesitzern, Erbpächtern und Bauern.	
S. 3. Auf dem Landtage erscheint das Domkapitel zu Brandenburg durch	III. Ernen= nung der Mit=
einen aus seiner Mitte zu ernennenden Bevollmächtigten, und der Graf zu Solms-	glieder des
Baruth mit der Befugniß, sich in erheblichen Berhinderungs = Fallen durch ein	Onnernger
Mitglied aus seiner Familie oder einen sonst geeigneten Bevollmachtigten aus dem	
ersten Stande vertreten zu lassen. Alle übrigen Stände erscheinen durch Abgeordnete, welche von ihnen durch	
Mahl bestimmt werden.	
S. 4. Die Anzahl der Mitglieder eines jeden der im S. 2. benannten	IV. Beffim-
Stände bestimmen Wir	mung der Un=
A. Für die Churmark und zwar	glieder des Landtags.
I, für den ersten Stand	Zumvings.
1) das Domkapitel zu Brandenburg auf	
2) den Grafen zu Solms = Baruth	
3) die Ritterschaft	
II. für den zweiten Stand	
III. für den dritten Stand	
für die Churmark auf 44 Mitglieder.	
B. Fur die Neumark:	
I. für den ersten Stand 6	Service Control
II. für den zweiten Stand, 4	

fur bie Meumark auf

III. für den britten Stand .

2

12 Mitglieder.

C. Für

C. Für die Miederlausig:				is no tra	
I. für den ersten Stand					
1) der Herren					
2) der Ritterschaft	 			· 5	
H. für den zweiten Stand .		• 10 • 0	+ 31 + 50	+ 4	
III. für den britten Stand .	 			. 2	Civil's at 1

für die Niederlausit auf . . 12 Mitglieder,

Hieraus ergiebt fich die Gesammtzahl von 68 Mitgliedern für diesen ganzen ständischen Berband.

Die Speziellere Bertheilung der Abgeordneten jedes Standes, wird eine be-

sondere Verordnung festseken.

V. Bedin=

b) des met=

Deg.

S. 5. Bei ber Wählbarkeit der Abgeordneten aller Stande zum Provin-

zial = Landtage werden folgende Bedingungen vorausgesett: gungen der Bablbarfeit. 1) Grundbesitz, in auf= und absteigender Linie ererbt, oder auf andere Weise 1) der Abge= ordneten al= erworben und zehen Jahre lang nicht unterbrochen. Im Vererbungsfalle ler Stände. wird die Zeit des Besitzes des Erblaffers und des Erben zusammen gerechnet;

2) die Gemeinschaft mit einer der chriftlichen Rirchen;

3) die Bollendung des breißigften Lebensjahres;

4) der unbescholtene Ruf.

6. 6. Bon der Bedingung bes zehnjährigen Besites zu dispensiren, behatten Wir Und Allerhochstfelbst vor. In Unsehung der übrigen Bedingungen findet

keine Dispensation statt.

S. 7. Das Recht zu dem ersten Stande für die Ritterschaft als Abgeord= ordneten neter gewählt zu werden, wird durch den Besitz eines Ritterguts in der Provinz, 2). der Abge= ver einzels ohne Rucksicht auf die adelige Geburt des Besikers, begründet. Wir behalten Uns und zwar: jedoch vor, den Besitz bedeutender Familien = Fideikommiß = Guter auf angemessene Weise hierbei zu bevorrechten. Standes.

J. 8. Der Besitz eines Ritterguts in einer andern Unserer Provinzen wird

auf die bestimmte Dauer von zehen Jahren angerechnet.

S. 9. Wenn Geistliche, Militair = und Civilbeamte, die durch den mit vorsiehenden Bedingungen verknupften Besitz eines Ritterguts dem erften Stande angehören, als Albgeordnete deffelben gewählt werden, fo bedurfen fie der Beurlaubung ihrer Vorgesetten.

S. 10. Alls Abgeordnete des zweiten Standes konnen nur flabtische Grund= ten Stan- besiger gewählt werden, welche entweder zeitige Magistratspersonen sind, oder ein .

burgerliches Gewerbe treiben.

Bei den lettern muß der Grundbefig mit dem Gewerbe zufammen einen nach ber Berfchiedenheit der Stadte abzumeffenden Werth haben, welchen bie S. 4. vorbehaltene besondere Berordnung bestimmen wird.

S. 11.

S. II. Bei bem britten Stande wird zu der Eigenschaft eines Landtags= Abgeordneten der Besit eines als Hauptgewerbe selbst bewirthschafteten Landguts erfordert, deffen Große ebenfalls die besondere Berordnung (S. 4.) festseten wird.

e) des brit= ten Stan= des.

S. 12. Die vorbemerkten Bedingungen der Wählbarkeit trefen auch für die Befugniß zur Wahl ein, mit dem Unterschiede, daß fur die Wählenden oder Mahtrechts. Wahlmanner die Bollendung bes vier und zwanzigsten Lebensjahres genügt, und nicht zehnjähriger, sondern nur eigenthumlicher Besit, ohne Rucksicht auf die bei dem dritten Stande nach S. 11. zu bestimmende Große des Grundbesites, erfor= derlich ift.

VI. Bebins

Bei den Städten steht das Wahlrecht benjenigen zu, die den Magistrat wählen.

S. 13. Wenn, wie in einigen Stadten der Niederlaufit, die Beffellung der Magistratsmitglieder einem Dominio oder andern besonders Berechtigten zusteht, so wird das Wahlrecht von den mit Grundeigenthum angesessenen Bürgern ausgeübt. Die Wahl des Landtags-Abgeordneten ist aber auch bei diefen Stadten immer an die Bedingungen der Wählbarkeit gebunden, welche der S. 5. für alle brei Stande und der S. 10. fur die Stadte festsett.

g. 14. Das Wahlrecht und die Wahlbarkeit ruhen, wenn über bas Vermogen bessen, dem diese Befugnisse zustehen, der Konkurs eröffnet ift, imgleichen wahrend eines nicht einer moralischen Verson zustandigen gesellschaftlichen Besitzes.

Bei dem erften Stande boren Bablbarkeit und Behlrecht auf, wenn durch

Zerstückelung die Eigenschaft eines Rittergutes vernichtet wird.

S. 15- In mehreren Kreisen Angeseffene konnen in jedom der Kreise, in welchem sie ansässig sind, wählen und gewählt werden. In letzterem Falle bleibt es dem Gewählten überlaffen, für welchen Kreis er eintreten will.

S. 16. Ein Abgeordneter kann auch Mitglied des Landtags einer andern Proving senn, wenn die Zeit der Versammlung es zuläßt.

S. 17. Wer durch Wahl bestimmt ist, als Abgeordneter auf dem Land- des Rechts der rerscheinen kann keinen Andere febr sich haustlungsteit tage zu erscheinen, kann keinen Andern für sich bewollmächtigen.

Auch das Wahlrecht muß in Person ausgeübt werden. S. 18.

Die Wahlen der Abgeordneten zum Landtage werden von dem er= ohning des Wahle ffen Stande auf Kreistagen nach bisheriger Observanz vollzogen.

S. 20. Jede einzelne berjenigen Stadte, welche durch die besondere Berordnung (S. 4.) Biril-Stimmen erhalten, wahlt ihre Abgeordneten zum Landtage in sich; alle übrige Stadte ohne Unterschied, ob sie Immediat = ober Mediatstabte sind, wähler in sich Wähler. Diese treten kollektiv in Wahlversammlungen nach Bezirfenzusammen, und wahlen die Landtage=Abgeordneten. Die Bahl ber Bahler wird die bemerkte Berordnung nach der Große der Stadte beffimmen. 6. 2I.

a) von den gest mahiten Abges ordneten. b) bon ben Wäh:

akts. 1) vont ersten Stande.

2) vom zweis ten Stande.

3) vom brite

- S. 21. Bon ben Dorfgemeinden wahlt eine jede nach ihrer fur andere ten Stande. Dorfangelegenheiten hergebrachten Weise einen Babler; die Babler verfammeln fich mit den Besitzern der einzeln liegenden, zu keiner bestimmten Dorfgemeinde gehörenden Guter des dritten Standes, welche aber das Maaß ber Wahlfahigkeit (S. 11.) haben muffen, bezirksweise zur Wahl des Bezirksmahlers; die Bezirks= wähler treten dann zusammen und wählen den Landtags = Abgeordneten.
  - Die Zusammenlegung der Bezirke sowohl fur die kollektivwählen= ben Stadte, als fur ben britten Stand, wird die besondere Berordnung (S. 4.) festseben.

4) in Unfe=

- S. 23. Die Wahlen der Abgeordneten zum Landtage geschehen auf Sechs hung aller Jahre dergestalt, daß alle drei Jahre die Halfte der Abgeordneten eines jeden Standes ausscheidet, und alle drei Jahre zu neuen Wahlen geschritten wird.
  - S. 24. Die für bas erstemal Ausscheidenden werden nach drei Jahren burch das Loos bestimmt. Alle Ausscheidende sind wieder wählbar.
  - S. 25. Für jeden Abgeordneten wird gleichzeitig ein Stellvertreter ge= wählt.
  - S. 26. Wenn bei ben Wahlen zu Bahlern, Bezirkswählern und Land= tags = Abgeordneten gleiche Stimmen entstehen, fo giebt die Stimme des Aeltesten ber Wählenden den Ausschlag.
  - S. 27. Alle Wahlen stehen unter der Aufsicht des Landraths, in bessen Kreise sie vorgenommen werden. Die Wahlen der Bezirkswähler und der Land= tags = Albgeordneten leitet er unmittelbar, oder durch einen von ihm zu ernennen= ben Stellvertreter; die Wahlen in den einzelnen Stadten und Dorfgemeinden aber, werden zunächst von der Orts-Obrigkeit geleitet.
  - S. 28. Die geschehene Wahl der Wähler ist dem Landrath, die Wahl der Bezirks-Wähler und Landtags-Albgeordneten aber dem Landtags-Kommiffarius, mit Einsendung der Wahl-Protofolle, anzuzeigen. Letterer hat zu prufen, ob folche in der Form und nach den Eigenschaften der Abgeordneten, der Borschrift gemäß, geschehen sind.

Mur wenn berselbe in dieser Beziehung Mangel findet, ift er berechtigt, eine andere Wahl zu verlangen.

S. 29. Den Borfigenden auf dem Landtage, welchem Wir den Charafter 5) Ernenung ver Lands als Landtags-Marschall beilegen, so wie dessen Stellvertreter, wollen Wir für die schalls und Dauer eines jeden Landtags aus den Mitgliedern des ersten Standes Gelbst vertreters. ernennen.

S. 30. Für die ersten fechs Jahre werden Wir die Stande zum Profung u. Dauer vinzial= Landtage alle zwei Jahre berufen, nach Ablauf dieses Zeitraums aber provin-gial-Landtags. ferner hierüber bestimmen.

S. 31.

S. 31. Die Dauer bes Landtags wird jedesmal nach ben Umständen von Uns festgesett werden.

S. 32. Die Ladung der Mitglieder zu bem fur die Eröffnung bes Landtags bestimmten Tage gesthieht zu gehöriger Zeit durch Unsern Kommissarius.

- S. 33. Die Albgeordneten muffen fich spatestens an dem Tage vor der Eröffnung des Landtags einfinden, und sich sowohl bei dem Kommissarius, als dem Landtags = Marschall, melden.
- S. 34. Der Provinzial = Landtag wird nach gehaltenem Gottesbienste von Unserm Kommissarius eröffnet.
- S. 35. Derfelbe ist die Mittelsperson aller Verhandlungen; an ihn allein Kommissarius haben sich daher die Stande wegen jeder Aluskunft, oder wegen der Materialien, und sonstige beren sie für ihre Geschäfte bedürfen, zu wenden.

Er theilt den Standen in Gemaßheit Unserer Instruktion die Propositionen mit und empfångt die von ihnen abzugebenden Erklarungen und Gutachten, so wie ihre fonfligen Vorstellungen, Bitten und Beschwerben.

- S. 36. Den Berathungen wohnt er nicht bei; er kann aber ben Gintritt zu mundlichen Eröffnungen verlangen, oder eine Deputation zu sich entbieten, so wie die Stande Deputationen an ihn absenden konnen.
- S. 37. Er schließt den Landtag, reicht Uns die Verhandlungen deffelben ein, und publizirt ben hierauf zu ertheilenden Landtags = Albschied ben Standen.
- S. 38. Bei Eröffnung des Landtags sowohl, als zu Fassung gultiger B. Geschäfts, Beschluffe, muffen wenigstens drei Viertheile der Gefammtheit der Abgeordneten gang. auf demfelben gegenwärtig fenn.
- S. 39. In der Versammlung nehmen die Mitglieder ber drei Stande ihren Sit nach ber S. 2. bestimmten Reihefolge.
- S. 40. Cobald die Propositionen mitgetheilt sind, ernennt der Landtags= Marschall in der Plenar = Versammlung, mit Bevbachtung des Stimmenverhalt= niffes, nach Verschiedenheit der Gegenstände, besondere Ausschuffe, welche die an den Landtag gelangenden Ungelegenheiten zur Berathung und Beschlußnahme gehörig vorzubereiten haben. Das Direktorium diefer Ausschusse führt dasjenige Mitglied aus dem ersten Stande, welches der Landtags = Marschall bazu bestimmt.
- S. 41. Den Geschäftsgang auf dem Landtage leitet überhaupt der Land= tags = Marschall. Von seiner Anordnung hangt auch zunächst alles ab, was auf Ruhe und Ordnung in den Versammlungen Beziehung bat. Befonders hat er darauf zu feben, daß die Berathungen und Arbeiten der Stande möglichst beschleunigt werden.
- S. 42. Ohne gultige Urfachen und Vorwiffen des Landtags = Marschalls barf kein Mitglied aus ber Verfammlung wegbleiben; Verhinderung der ferneren Theilnahme an dem Landtage durch Krankheit oder andere dringende Urfachen

A. Eroff= nung beffel: ben durch den fimmungen des lettern.

fordert die Anzeige des Landtags = Marschalls bei dem Landtags = Kommissarius, welcher alsbann sofort den Stellvertreter einberuft.

S. 43. Wenn ein Mitglied über einen besondern Gegenstand einen Untrag an die Versammlung richten will, so hat dasselbe solches vor der Versammlung schriftlich mit Bemerkung des Gegenstandes dem Landtags = Marschall anzuzeigen. Letzterer ruft dann den Abgeordneten zur Haltung des Vortrags auf. Der Inhalt deffelben muß schriftlich zum Protokoll gegeben werden.

S. 44. Die Abfaffung der ståndischen Schriften tragt ber Landtags-Marschall den hierzu geeigneten Mitgliedern des Landtags auf. Jede folche Schrift wird in der Versammlung verlefen, und nach der Vereinigung über die Fassung, die Reinschrift von dem Landtags = Marschall und den Stånden vollzogen.

Alle Schriften, welche nicht einen Untrag an den Rommiffarius enthalten, sind an Und zu richten und demselben durch eine ständische Deputation

zu übergeben.

S. 46. Die Mitglieder aller Stande der Marken und Riederlausit bilben

eine ungetheilte Einheit; sie verhandeln die Gegenstände gemeinschaftlich.

Bu einem gultigen Beschluffe über folche Gegenstände, welche von Uns zur Berathung an sie gewiesen, oder ihrem Beschlusse mit Vorbehalt Unserer Sanktion überlaffen, oder sonst zu Unferer Renntniß zu bringen find, wird eine Stummenmehrheit von zwei Drittheilen erfordert; ist diese bei einer Sache, worüber von ben Standen das Gutachten erfordert worden, nicht vorhanden, so wird solches mit Angabe der Berschiedenheit der Meinungen ausdrücklich bemerkt.

Alle andere ständische Beschluffe konnen durch die einfache Mehrheit ihre

Bestimmung erhalten.

S. 47. Bei Gegenständen, bei denen das Interesse der Stände gegen ein= ander geschieden ist, sindet Sonderung in Theile statt, sobald zwei Drittheile der Stimmen eines Standes, welcher sich durch einen Beschluß der Mehrheit verlet glaubt, barauf bringen.

In einem solchen Falle verhandelt die Versammlung nicht mehr in der

Gesammtheit, sondern nach den S. 2. bestimmten Standen.

Die auf diese Weise hervorgehende Verschiedenheit der Gutachten der ein=

zelnen Stande wird bann zu Unferer Entscheidung vorgelegt.

Gegen Beschlusse, welche die besondern Rechte des Domkapitels zu Branbenburg, des Grafen zu Solms = Baruth und der Standesherren der Riederlausit berühren, bleibt ihnen der Refurs an Uns vorbehalten.

S. 48. Wenn Gegenstände, welche das provinzielle Interesse eines ber einzelnen, in diesem flandischen Verbande begriffenen iin S. I. benannten Landes theile betreffen, in der Gesammtberathung verhandelt werden, und die Stimmenmebr=

mehrheit sich gegen dasselbe erklart hat, so sind die Abgeordneten eines folchen Landestheils berechtigt, ihre abweichende Meinung, mit Berufung auf Unfere Entscheidung, zu den Landtags-Verhandlungen zu geben, worauf sie dann jederzeit befondern Bescheid erhalten werden.

- S. 49. Bitten und Beschwerden ber Stande konnen nur aus dem beson= beren Interesse der Provinzen und der mit ihnen verbundenen einzelnen Theile ber-Individuelle Bitten und Beschwerden hat der Landtag gleich an die voraehen. betreffenden Beborben, oder an Und unmittelbar zu verweisen; wenn aber Mit= glieder des Landtags von Bedrückungen einzelner Individuen bestimmte lieberzeugung erhalten, fo konnen sie bei dem Landtage, mit gehörig konstatirter Anzeige, barauf antragen, daß derfelbe sich für die Abstellung bei Uns verwende.
- S. 50. Alle bei dem Landtage eingehende, so wie die von demselben ausgehenden Untrage muffen fchriftlich eingegeben werden. Gind die lettern ein= mal zurückgewiesen, so durfen sie nur alsdann, wenn wirklich neue Beranlaffungen ober neue Grunde eintreten und immer nur erft bei funftiger Berufung bes Landtags erneuert-werden.
- S. 51. Die Stände stehen als berathende Versammlung eben so wenig der Provinzial mit den Ständen anderer Provinzen, als mit den Kommunien und Kreisständen ab den Komit ihrer Provinz in Verbindung; es sinden daher keine Mittheilungen unter ihnen statt.

- S. 52. Die einzelnen Stande konnen ihren Abgeordneten feine bindende b) ju den Abgeordneten. Instruktionen ertheilen; es fleht ihnen aber frei, sie zu beauftragen, Bitten und Beschwerden anzubringen.
- S. 53. Sobald der Kommissarius den Landtag geschlossen hat, ist das D. Sch ståndische Umt des Landtags = Marschalls beendigt, die landståndischen Berathun= Landtags. gen horen auf, und die Stande geben auseinander, auch bleibt kein fortbesteben= der Ausschuß zuruck. Kur folche Gegenstände der laufenden ständischen Berwaltung aber, welche Wir ben Standen funftig übertragen werden, konnen sie Die geeigneten Versonen wahlen und bestellen, in sofern die Geschäfte solches fordern.

- S. 54. Das Resultat ber Landtags = Verhandlungen wird burch ben Druck bekannt gemacht.
- S. 55. Zum Versammlungsort des Landtags bestimmen Wir Unfere Re- E. Versammsidenz Berlin.

S. 56. Die Landtags = Albgeordneten follen angemeffene Reisekoften und F. Reisekoften und Tagegel= Tagegelder erhalten.

Das Weitere hierüber, so wie wegen ber allgemeinen burch ben Landtag veranlaßten Rosten wird die besondere Verordnung (S. 4.) festsetzen.

S. 57. Die in jedem der einzelnen Landestheile dieses ständischen Verban- IX. Kommunal-Landiage. bes bestehenden Rommunal = Verhaltniffe geben auf die Gesammtheit desselben nicht über, wenn foldes nicht durch gemeinschaftliche llebereinkunft beschlossen wird.

Bis bahin dauern daher die bisherigen Rommunal = Verfaffungen biefer ein= zelnen Landestheile in ihrer observanzmäßigen Ginrichtung fort und Wir gestatten, daß für diese Angelegenheiten, auf vorgangige Anzeige bei Unferm Landtags-Rom= miffarius und deffen Bewilligung, jahrlich besondere Kommunal = Landtage, jedoch mit verhaltnismäßiger Zuziehung von Abgeordneten aller Stande, welchen bas gegenwartige Gesetz die Landstandschaft beilegt, in Berlin, Ruftrin und Lubben gehalten werden.

Die Beschlusse über Beränderungen in den Kommunal=Einrichtungen und

neue Rommunal = Auflagen bedurfen Unferer Sanktion.

Bur Festsehung ber beshalb nothigen naberen Bestimmungen und Ordnungen

erwarten Wir die Vorschläge des nächsten Landtags.

X. Kreisffatt=

Was die freisståndischen Versammlungen betrifft, so sollen solche, dische Ber- wo sie bis jetzt noch statt finden, bis auf weitere Anordnung ferner bestehen, und

ba, wo sie früher bestanden haben, wieder eingeführt werden.

Bon dem ersten Landtage, zu welchem dieser ständische Verband berufen werden wird, erwarten Wir die Vorschlage, wie die freisftandischen Versamm= lungen mit den Modifikationen, welche der Zutritt aller Stande erfordert, einzurichten senn werden.

Urkundlich unter Unferer Höchsteigenhändigen Unterschrift und Beidrückung

Unfers großen Königlichen Insiegels.

Gegeben Berlin, ben Isten Juli 1823.

#### (L. S.) Friedrich Wilhelm.

von Schuckmann.

Hunt n 97 74 any 1828 Can 27 Febr 20. C.O. n 24 Febr. 1840 91. nes 1840 pear 39

Gefet wegen Anordnung ber Provinzialstande fur bas Konigreich Preußen. (No. 812.) Vom 1sten Juli 1823.

## Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen 20. 20.

ertheilen, in Folge des wegen Anordnung der Provinzialstande in Unserer Monarchie am 5ten Juni d. 3. erlaffenen allgemeinen Gefetes, fur den ftandifeben Berband des Königreichs Preußen nachstehende besondere Vorschriften:

I. Reffint= mung der int Berbande bes griffeiten Landestheile.

- 6. I. Dieser Berband begreift:
  - 1) Oftpreußen,
  - 2) Litthauen,
  - 3) Westpreußen.

Bu Offpreußen wird in flandischer Beziehung ber vormalige Marienwerbersche Kreis gerechnet; die Enklaven verbleiben den Kreisen, zu welchen sie die neue Berwaltungs = Eintheilung gelegt hat.

S. 2. Die Stande biefes Berbandes bestehen:

I. ber erfte Stand,

II. Beneu= nung ber Dro= vingial-Stan= be.

aus der Ritterschaft;

II. ber zweite Stand,

aus ben Städten;

III. ber dritte Stand,

aus den unter bem erften Stande nicht begriffenen Rolmern und Freien, und aus ben bauerlichen Grundbesigern.

S. 3. Auf dem Landtage erscheinen die Stande durch Abgeordnete, nung der Mitwelche von ihnen durch Wahl bestimmt werden.

III. Ernen= glieder des Landtags.

S. 4. Die Anzahl der Abgeordneten eines jeden Standes (S. 2.) bestim= IV. Bestim= men Wir

mung ber Un= tahl ber Mit= alieber bes Landtages.

Wählbarfeit;

I. Fur Offpreußen und Litthauen, und gwar:

1) für ben ersten Stand auf . . 2) für den zweiten Stand auf

3) fur ben britten Stand auf . . .

fur Offpreußen und Litthauen auf . . 60 Albgeordnete.

II. Fur Westpreußen, und zwar:

1) für den erften Ctand auf . . . . . .

2) fur den zweiten Stand auf . . . .

3) für ben britten Stand auf . . . . . . . 7

zusammen für Westpreußen auf . . 35 Abgeordnete.

Hieraus ergiebt sich die Gesammtzahl von fünf amb neunzig Abgeordneten fur biefen gangen ftandifchen Berband.

Die spezielle Vertheilung der Mitglieder jedes Standes wird eine beson=

bere Berordnung festseben.

S. 5. Bei der Wählbarkeit der Abgeordneten aller Stände werden fol= v. Bebingende Bedingungen vorausgesett:

1) Grundbesitz in auf= und absteigender Linie ererbt, oder auf andere Weise 1) der Abgeerworben, und zehen Jahre nicht unterbrochen. Im Bererbungsfalle wird aller Stande. die Zeit des Besitzes des Erblaffers und des Erben zusammen gerechnet;

2) die Gemeinschaft mit einer der christlichen Rirchen;

3) die Vollendung des dreifigsten Lebensjahres;

4) der unbescholtene Ruf.

5. 6.

S. 6. Von der Bedingung des zehnjährigen Besützes zu dispenfiren, behalten Wir Uns Allerhöchstfelbst vor. In Ansehung der übrigen Bedingungen findet keine Dispensation statt.

2) der Mbgeordneten der einzelnen Stände, und zwar: a) des ersten Standes, S. 7. Das Recht zu dem ersten Stande als Abgeordneter gewählt zu

werden, wird begründet:

- 1) für die Ritterschaft, durch den Besitz eines Rittergutes in der Provinz, ohne Rücksicht auf die adelige Geburt des Besitzers; Wir behalten Uns jedoch vor, den Besitz bedeutender Familien=Fideikommißgüter auf angemessene Weise hierbei zu bevorrechten;
- 2) für die übrigen zum ersten Stande zu rechnenden Grundeigenthumer (J. 2.) durch den Besit
  - a) eines köllmischen Gutes von sechs kulmischen Hufen separirten, kontribuablen Landes, welches nicht Theil eines Dorfs, sondern ein für sich bestehendes Landgut ist,

b) eines andern größern, dem vorbezeichneten köllmischen gleichartigen,

Landbesites.

Von den unter 2. a. und b. bemerkten Gütern, soll eine Matrikel aufgenommen und Uns zur Vollziehung vorgelegt werden.

- J. 8. Der Besitz eines Rittergutes in einer anderen Unserer Provinzen, wird auf die bestimmte Dauer von zehen Jahren angerechnet.
- S. 9. Wenn Geistliche, Militair= und Civilbeamte, die durch den mit vorstehenden Bedingungen verknüpften Besitz eines Guts (S. 7. 1. und 2.) dem ersten Stande angehören, als Abgeordnete desselben gewählt werden, so bedürfen sie der Beurlaubung ihrer Vorgesetzten.

h) des zwei= ten Stan= des, S. 10. Als Abgeordnete des zweiten Standes können nur städtische Grundbesitzer gewählt werden, welche entweder zeitige Magistratspersonen sind, oder ein bürgerliches Gewerbe treiben. Bei den letztern muß der Grundbesitz mit dem Gewerbe zusammen einen nach der Verschiedenheit der Städte abzumessenden Werth haben, welchen die (S. 4.) vorbehaltene besondere Verordnung bestimmen wird.

e) des drit= ten Stan= des.

S. II. Bei dem dritten Stande wird zu der Eigenschaft eines Abgeordneten der Besitz eines als Hauptgewerbe selbst bewirthschafteten Landguts erfordert, dessen Größe ebenfalls die besondere Verordnung (J. 4.) festsetzen wird.

VI. Bedin= gungen bes Wahlrechts. S. 12. Die vorbemerkten Bedingungen der Wählbarkeit treten auch für die Befugniß zur Wahl ein, mit dem Unterschiede, daß für die Wählenden, oder Wähler, die Vollendung des vier und zwanzigsten Lebensjahres genügt, und nicht zehenjähriger, sondern nur eigenthümlicher Besitz, ohne Rücksicht auf die bei dem dritten Stande zu bestimmende Größe des Grundbesitzes (S. 11.), erforderlich ist.

Bei den Städten fiehet das Wahlrecht benjenigen zu, welche den Ma-

aistrat wählen.

S. 13. Die Wahlbarkeit und das Wahlrecht ruben, wenn über das Bermogen beffen, bem diefe Befugniffe gufteben, ber Ronkurs eroffnet ift, imgleichen während eines nicht einer moralischen Person zuständigen, gesellschaft= lichen Besikes.

Bei dem ersten Stande horen Wahlrecht und Bahlbarkeit auf, wenn burch Zerstückelung die Eigenschaft eines größeren Grundbesitzes vernichtet wird.

- S. 14. Die Besitzer folcher kleinen abeligen Guter, vornemlich in Masuren und Pomerellen, welche vereinigt eine Kommune bilden, und welche die Ehrenrechte nur gemeinschaftlich ausüben, können auch das Wahlrecht nur follektiv wahrnehmen.
- S. 15. In mehrern Rreifen Angeseffene konnen in jedem der Rreise, in welchem sie ansäßig sind, wählen und gewählt werden; im lettern Falle bleibt es dem Gewählten überlassen, für welchen Kreis er eintreten will.

6, 16. Ein Abgeordneter kann auch Mitglied des Landtags einer anbern Proving senn, wenn die Zeit der Bersammlung es zuläßt.

S. 17. Wer durch Wahl bestimmt ist, als Abgeordneter auf dem Land= des Rechts der Etandschaft.

tage zu erscheinen, kann keinen Undern für sich bevollmächtigen.

a) von den 216s geordneten. 6. 18. Auch das Wahlrecht muß in Person ausgeübt werden; eine b) von den Ibah Ausnahme machen nur die im S. 14. erwähnten fleinen Gutsbesither, welche aus ihrer Mitte einen Bevollmächtigten zu Wahrnehmung beffelben erwählen.

S. 19. Die Wahlen der Abgeordneten werden von dem ersten Stande obei Bollites auf den Kreistagen vollzogen, welche für diesen Zweck bei der großen Ausdeh- Mahlafts. nung einiger der alten Rreise, an mehreren Orten in denselben abgehalten werben sollen, wie dieses auch bisher schon in Litthauen statt gefunden hat.

1 vom erften Stande.

S. 20. Jede einzelne derjenigen Stadte, welche durch die befondere Berordnung (S. 4.) Birilstimmen erhalten, wahlt ihre Abgeordneten in sich; alle übrige Städte ohne Unterschied, ob sie Immediat = ober Mediatstädte sind, wählen in sich Wähler. Diese treten kollektiv in Wahlversammlungen nach Beziefen zusammen und wahlen die Albgeordneten. Die Bahl ber Bahler wird die bemerkte Verordnung nach der Größe der Städte bestimmen.

2) vom zweiten Stande.

S. 21. Bon den Dorfgemeinden wahlt eine jede, nach ihrer für andere 3) vom brit-Dorfangelegenheiten hergebrachten Weise, einen Wähler; die Wähler versam= meln sich mit den Befigern der einzeln liegenden, zu keiner bestimmten Dorfgemeinde gehorenden Guter des dritten Ctandes, welche aber bas Maag ber Wahlfähigkeit (S. 11.) haben muffen, bezirksweise zur Wahl bes Bezirksmahlers; die Bezirksmähler treten dann zusammen und wählen den Abgeordneten.

ten Stande.

S. 22. Die Zusammenlegung der Bezirke, sowohl für die kollektiv mah= lenden Städte (S. 20.) als fur den britten Stand (S. 21.), imgleichen auch fur Die bie Wahlen bes erften Standes in Westpreußen und Litthauen (S. 19.), wird

Die besondere Berordnung (S. 4.) festsetzen.

4) in Anse=

S. 23. Die Wahlen der Abgeordneten geschehen auf Sechs Jahre, berbreistände, gestalt, daß alle drei Jahre die Halfte der Abgeordneten eines jeden Standes ausscheidet, und alle drei Jahre zu neuen Wahlen geschriften wird.

Die für das erstemal Ausscheidenden werden nach brei Jahren

burch das Logs bestimmt. Alle Ausscheidende find wieder wahlbar.

S. 25. Für jeden Abgeordneten wird gleichzeitig ein Stellvertreter gewählt.

Wenn bei den Wahlen zu Wählern, Bezirkswählern und 216= geordneten, gleiche Stimmen entstehen, fo giebt die Stimme des Aeltesten ber

Wählenden den Ausschlag.

S. 27. Alle Wahlen stehen unter der Aufsicht des Landraths, in deffen Kreise sie vorgenommen werden. Die Wahlen der Bezirkswähler und der Ab= geordneten leitet er unmittelbar, ober burch einen von ihm zu ernennenden Stellvertreter; die Wahlen in den einzelnen Stadten und Dorfgemeinden aber werden zus nächst von der Obrigkeit geleitet.

Die geschehene Wahl ber Wähler (SS. 20. 21.) ift dem Landrath, S. 28. Die Wahl der Bezirkswähler und Abgeordneten aber dem Landtags = Kommissa= rius, mit Einsendung ber Wahl = Protofolle, anzuzeigen. Letterer hat zu prufen, ob folde in der Form und nach den Eigenschaften der Abgeordneten, der Bor= fcbrift gemäß, geschehen sind. Rur wenn derfelbe in dieser Beziehung Mangel

findet, ist er berechtigt, eine andere Wahl zu verlangen.

Ernennung Des Landtags: Marichails und dessen Stellvertre: teus.

VIII. Berufung und Dauer bes Drovingial= Landtags.

8.29. Den Borfitenden auf dem Landtage, welchem Wir den Charafter als Landtags = Marschall beilegen, fo wie deffen Stellvertreter, wollen Wir fur die Dauer eines jeden Landtages, aus den Abgeordneten des erften Standes Gelbft ernennen.

S. 30. Für die ersten feche Jahre werden Wir die Stände zum Provinzial = Landtage alle zwei Jahre berufen; nach Ablauf biefes Zeitraums aber ferner bierüber bestimmen.

6. 31. Die Dauer des Landtages wird jedesmal nach den Umftanden

von Uns festgesett werben.

S. 32. Die Ladung der Abgeordneten zu dem für die Eröffmung bes Landtages bestimmten Tage geschiehet zu geboriger Zeit durch Unfern Kommiffarius.

Die Albgeordneten muffen sich spatestens an dem Tage vor der Eroffnung einfinden und fich sowohl bei dem Kommiffarius, als bei dem Lande tags = Marschall, melben.

A. Ersfinung durch den Landings= Kommiffarins und deffen amtliche Be-

fimmung.

S. 34. Der Provinzial-Landtag wird nach gehaltenem Gottesbienste burch Unsern Kommissarins eröffnet.

S. 35. Derfelbe ift die Mittelsperfon aller Berhandlungen; an ihn allein haben fich die Stånde wegen jeder Ausfunft, oder wegen der Materialien, beren fie fur ihre Geschäfte bedurfen, zu wenden. Er theilt ben Standen, in

Sie=

Gemäßheit Unserer Instruktion, die Propositionen mit, und empfängt die von ihnen abzugebenden Erklärungen und Gutachten, so wie ihre sonstigen Vorsstellungen, Bitten und Beschwerden.

S. 36. Den Berathungen wohnt er nicht bei; er kann aber den Eintritt zu mündlichen Eröffnungen verlangen oder eine Deputation zu sich entbieten,

so wie die Stande Deputationen an ihn absenden konnen.

S. 37. Er schließt den Landtag, reicht Uns die Berhandlungen desselben ein, und publizirt den hierauf zu ertheilenden Landtags-Albschied den Ständen.

S. 38. Bei Eröffnung des Landtages sowohl, als Fassung gültiger B. Geschäfts

Beschluffe, ist die Gegenwart von siebenzig Abgeordneten nothwendig.

S. 39. In der Bersammlung nehmen die Mitglieder der drei Stande

ihren Sitz nach der S. 2. bestimmten Reihefolge.

S. 40. Sobald die Propositionen mitgetheilt sind, ernennt der Landtagd = Marschall in der Plenar = Versammlung, mit Berücksichtigung des Stimmen = Verhältnisses nach Verschiedenheit der Gegenstände, besondere Aussschüffe, welche die an den Landtag gelangenden Angelegenheiten zur Berathung und Beschlußnahme gehörig vorzubereiten haben. Den Vorsitz in diesen Aussschüffen führt dassenige Mitglied aus dem ersten Stande, welches der Landtags = Marschall bestimmt.

S. 41. Den Geschäftsgang auf dem Landtage leitet überhaupt der Landtags=Marschall; von seiner Anordnung hängt auch zunächst alles ab, was auf Ruhe und Ordnung in den Versammlungen Beziehung hat. Besonders hat er darauf zu sehen, daß die Berashungen und Arbeiten der Stände mög-

lichst beschleunigt werden.

S. 42. Ohne gultige Ursachen und Vorwissen des Landtags=Marsschalls darf kein Mitglied aus der Versammlung wegbleiben; Verhinderung der ferneren Theilnahme an dem Landtage, durch Krankheit, oder andere dringende Ursachen, fordert die Anzeige des Landtags=Marschalls bei dem Landtags=Kommissarius, welcher alsdann sofort den Stellvertreter einberuft.

S. 43. Wenn ein Mitglied über einen besondern Gegenstand einen Antrag an die Versammlung richten will; so hat dasselbe solches vor der Versamm-lung schriftlich, mit Bemerkung des Gegenstandes, dem Landtags-Marschall anzuzeigen. Letzterer ruft dann das Mitglied zur Haltung des Vortrages auf.

Der Inhalt desselben muß schriftlich zum Protofoll gegeben werden.

J. 44. Die Abfassung der ståndischen Schriften trägt der Landtags= Marschall den hierzu geeigneten Mitgliedern des Landtages auf. Jede solche Schrift wird in der Versammlung verlesen, und, nach Vereinigung über die Fassung, die Reinschrift von dem Landtags=Marschall und den Stånden vollzogen.

S. 45- Alle Schriften, welche nicht einen Antrag an den Landtagskoms missarius enthalten, sind an Uns zu richten und dem erstern durch eine ständische Deputation zu übergeben.

S. 46.

S. 46. Die Abgeordneten aller Stånde des Königreichs Preußen, bilden eine ungetheilte Einheit; sie verhandeln die Gegenstände gemeinschaftlich. Zu einem gültigen Beschlusse über solche Gegenstände, welche von Und zur Berathung an sie gewiesen, oder ihrem Beschlusse mit Vorbehalt Unserer Sanktion überlassen, oder sonst zu Unserer Kenntniß zu bringen sind, wird eine Stimmenmehreheit von zwei Drittheilen erfordert; ist diese bei einer Sache, worüber von den Ständen das Gutachten erfordert worden, nicht vorhanden, so wird solches mit Angabe der Verschiedenheit der Meinungen ausdrücklich bemerkt. Alle andere ständische Beschlüsse können durch die einfache Mehrheit ihre Bestimmung erhalten.

S. 47. Bei Gegenständen, bei denen das Interesse der Stände gegeneinander geschieden ist, sindet Sonderung in Theile statt, sobald zwei Drittheile der Stimmen eines Standes, welcher sich durch den Beschluß der Mehrheit verzletzt glaubt, darauf dringen. In einem solchen Falle verhandelt die Versammlung nicht mehr in der Gesammtheit, sondern nach den einzelnen Ständen (S. 2.). Die auf diese Weise hervorgehende Verschiedenheit der Gutachten wird dann zu Unserer

Entscheidung vorgelegt.

S. 48. Wenn Gegenstände, welche das provinzielle Interesse einzelnen in diesem ständischen Verbande begriffenen Landestheile (S. I.) betreffen, in der Gesammtberathung verhandelt werden, und die Stimmenmehrheit sich gegen dasselbe erklärt, so sind die Abgeordneten eines solchen Landestheils berechtigt, ihre abweichende Meinung, mit Berufung auf Unsere Entscheidung, zu den Landtagsverzhandlungen zu geben, worauf sie dann jederzeit besondern Bescheid erhalten werden.

S. 49. Bitten und Beschwerden der Stände können nur aus dem besonberen Interesse der Provinz und der mit ihr verbundenen einzelnen Landestheile

hervorgehen.

Individue Le Bitten und Beschwerden hat der Landtag gleich an die betreffenden Behörden, oder an Uns unmittelbar zu verweisen. Wenn aber Mitglieder des Landtages von Bedrückungen einzelner Individuen bestimmte Ueberzeugung erhalten, so können sie bei dem Landtage, mit gehörig konstatirter Anzeige, darauf antragen, daß derselbe sich für die Abstellung bei Uns verwende.

S. 50. Alle bei dem Landtage eingehende, so wie die von demselben ausgehenden Anträge, mussen schriftlich eingegeben werden; sind die letztern einmal zurückgewiesen, so dürfen sie nur alsdann, wenn wirklich neue Veranlassungen, oder neue Gründe eintreten, und immer nur erst bei künftiger Berufung des

Landtages erneuert werden.

C. Verhältniß
ber Provinzial.
S. 51. Die Stände stehen als berathende Versammlung, eben so wenig Stände:
All 311 den Kome mit den Ständen anderer Provinzen, als mit den Rommunen ihrer Provinz in millen und Verhänden, Verhänden, Verhänden, Verhänden, Verhänden,

5. 52. Die einzelnen Stände können ihren Abgeordneten keine bindende geordneten. Instruktionen ertheilen; es stehet ihnen aber frei, sie zu beauftragen, Bitten und Beschwerden anzubringen.

S. 53. Sobald der Kommissarius den Landtag geschlossen hat, ist das D. Schlieflåndische Umt des Landtags = Marschalls beendigt; die landståndischen Be- kandtages. rathungen horen auf und die Stande geben auseinander; auch bleibt fein fortbestehender Ausschuß zurück.

Für solche Gegenstände der laufenden ständischen Verwaltung aber, welche Bir den Standen funftig übertragen werden, fonnen sie die geeigneten Personen.

wählen und bestellen, welche die Geschäfte fordern.

S. 54. Das Resultat der Landtags = Verhandlungen wird burch ben Druck bekannt gemacht.

Zum Versammlungsorte des Landtages bestimmen Wir Unsere E. Bersamm= lungs-Ort.

Haupt = und Residenzstadt Konigsberg abwechselnd mit Danzig.

S. 56. Die Abgeordneten sollen angemeffene Reisekoften und Tagegelder F. Reisekoerhalten. Das Weitere hierüber, so wie wegen der allgemeinen durch den Land= gegelber. Ta= tag veranlaßten Rosten, wird die besondere Verordnung (S. 4.) festseten.

S. 57. Die in einzelnen Landestheilen (S. I.) dieses ständischen Ber= IX. Rom= munal= Land= bandes bestehenden Rommunal = Verhaltnisse, geben auf die Gefammtheit desselben tage.

nicht über, wenn solches nicht durch gemeinschaftliche Uebereinkunft beschlossen wird.

Bis dahin dauern daher die bisherigen Kommunal = Verfaffungen in einzel= nen Landestheilen, wie sie jest bestehen, fort, und Wir gestatten, daß fur diese Ungelegenheiten, auf vorgangige Anzeige bei Unferm Landtags=Kommiffarius und mit dessen Bewilligung, jährlich besondere Kommunal = Landtage, jedoch mit ver= haltnismäßiger Zuziehung von Abgeordneten aller Stande, welchen das gegen= wartige Geset die Landstandschaft beilegt, gehalten werden.

Die Beschluffe über Beränderungen in den Kommunal = Einrichtungen und neue Kommunal = Abgaben, bedurfen Unferer Genehmigung. Bur Festsetzung ber deshalb nothigen naheren Bestimmungen und Ordnungen erwarten Wir die Vorschläge des nachsten Landtages, insbesondere über die Fortdauer des in Konigsberg bestehenden ständischen Kommitte und dessen dem Vorstehenden gemäße Bildung.

S. 58. Was die kreisständischen Versammlungen betrifft, so sollen solche, nandische wo sie bis jett noch statt finden, bis auf weitere Anordnung, ferner bestehen, und Bersammtun= da, wo sie früher bestanden haben, wieder eingeführt werden. Bon dem ersten gen. Landtage, zu welchem dieser ständische Verband berufen werden wird, erwarten Wir die Vorschläge, wie die Kreisstände mit den Modisikationen, welche der Zutritt aller Stånde erfordert, einzurichten senn werden.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhandigen Unterschrift und Beidrückung Unseres großen Königlichen Insiegels.

Gegeben Berlin, den Isten Juli 1823.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

von Schuckmann.

6.0. an. 17 Jug. 25. Co. 4 27 Febr. 30. Com 19 Juni 36.

(No. 813.) Gesetz wegen Anordnung der Provinzialftande im herzogthum Pommern und Fürftenthum Rugen. Dom 1 ften Juli 1823.

#### Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen 20. 20.

ertheilen, in Folge des wegen Anordnung der Provinzialstände in Unserer Monarchie am 5ten Juni d. J. erlassenen allgemeinen Gesetzes, für den ståndischen Berband im Herzogthum Pommern und Fürstenthum Rügen, nachstehende beson= dere Vorschriften:

I. Beftim= mung ber in diefem Ber= bande begriffes nen Landes= theile.

- S. I. Diefer Berband begreift
  - 1) Alltvorpommern,
  - 2) Neuvorpommern und Rugen,
  - 3) Hinterpommern.

Die vormals zu Westpreußen gehörig gewesenen Orte Heinrichsborf, Reppow, Blumenwerder und Wahrlang werden, in ständischer Beziehung, zum Neu-Stettiner Kreife von Hinterpommern gerechnet.

Sonst giebt überall die frühere historische Begrenzung die Regel für biesen ständischen Verband, mit alleinigem Ausschluß der Enklaven, welche bei den Kreisen bleiben, zu denen die neue Verwaltungs = Eintheilung sie gelegt hat.

II. Bettett= nung ber Pro= vinzial=Stan= De.

S. 2. Die Stande diefes Berbandes befteben:

I. der erfte Stand,

aus der Ritterschaft, wobei der Furst zu Putbus, wegen seines Familien= Majorats, eine Virissimme zu führen berechtigt fenn foll;

II. der zweite Stand,

aus ben Städten;

III. der dritte Stand,

aus ben übrigen Gutsbesitzern, Erbpachtern und Bauern.

III. Ernen= nung der Mit= glieder des Landtags.

S. 3. Alle Stande erscheinen auf dem Landtage durch Albgeordnete, welche von ihnen durch Wahl bestimmt werden. Nur der Fürst zu Putbus führt die ihm S. 2. zugewiesene Birilstimme in Person; im Berhinderungsfalle tritt ein aus der Ritterschaft von Neuvorpommern und Rügen gewählter Abgeordneter an seine Stelle.

IV. Bestim= glieber des Landtags.

S. 4. Die Anzahl der Mitglieder eines jeden der im S. 2. benannten gahl ber Mit- Stande bestimmen Bir:

A. Für Altvorpommern,

I. fur den ersten Stand auf . II. für den zweiten Stand auf III. für ben britten Stand auf

für Altworpommern auf . : 10 Mitglieder.

B. Fur

B. Für	Neu	vorpo	mmer	n uni	n M1	åge	n,					
I. für												NE Trestan
II. für												
III. für									*	-		
	fů	r Neu	norpo	mme	rn u	ind	Ri	igen	auf		. IO	Mitglieder.
C. Für												
I. für												
II. für III. für												
TIT. IIII	Dett	ritteit					33131696			- Personal Property lies	Control of the last of the las	Mitglieder.
				मा उर्	rure	thn	111 11	retit	uuj	•	+ 40	mengenever.

Hieraus ergiebt sich die Gesammtzahl von 48 Mitgliedern für diesen ganzen ständischen Berband.

Die speziellere Vertheilung der Abgeordneten jedes Standes, wird eine besondere Verordnung festseten.

S. 5. Bei der Wahlbarkeit der Abgeordneten aller Stande zum Provinzial= Landtage werden folgende Bedingungen vorausgesett:

1) Grundbesit in auf= und absteigender Linie ererbt, oder auf andere Weise ordneten al= erworben, und zehen Jahre lang nicht unterbrochen. Im Vererbungsfalle wird die Zeit des Besites des Erblassers und des Erben zusammengerechnet;

2) die Gemeinschaft mit einer der christlichen Rirchen;

3) die Vollendung des dreißigsten Lebensjahres;

4) der unbescholtene Ruf.

S. 6. Von der Bedingung des zehnjährigen Besites zu dispensiren, behalten Wir Uns Allerhöchstfelbst vor. In Ansehung der übrigen Bedingungen, findet keine Dispensation statt.

S. 7. Das Recht zu dem ersten Stande für die Ritterschaft als Abgeord= 2) der Abgeneter gewählt zu werden, wird durch den Besitz eines Ritterguts in der Provinz, ohne Rucksicht auf die adelige Geburt des Besitzers, begründet. Wir behalten Uns jedoch vor, den Besitz bedeutender Familien=Fideikommißguter auf ange= messene Weise hierbei zu bevorrechten.

ordneten der einzelnen Stände, und mar: a. bes erften Standes.

V. Bedins gungen der

Wählbarfeit. 1) der Abge=

ler Stande.

S. 8. Der Besitz eines Ritterguts in einer andern Unserer Provinzen wird

auf die bestimmte Dauer von zehen Jahren angerechnet.

S. 9. Wenn Geifiliche, Militair = und Civilbeamte, die durch den mit vorstehenden Bedingungen verknupften Befit eines Ritterauts dem ersten Stande angehören, als Abgeordnete deffelben gewählt werden, so bedürfen sie ber Be= urlaubung ihrer Vorgesetten.

S. 10. Alls Albgeordnete des zweiten Standes konnen nur fladtische Grund: b) des zweit besitzer gewählt werden, welche entweder zeitige Magistratspersonen sind, oder ein

burgerliches Gewerbe treiben.

Bei den lettern muß der Grundbesit mit dem Gewerbe zusammen, einen nach der Verschiedenheit der Städte abzumessenden Werth haben, welchen die S. A. vorbehaltene besondere Verordnung bestimmen wird.

c) bes britten Stan= Des.

VI. Bedin= gungen bes Bahlrechts.

- S. 11. Bei dem dritten Stande wird zu der Eigenschaft eines Landtags= Albaeordneten der Besit eines als Hauptgewerbe selbst bewirthschafteten Landauts erfordert, deffen Große ebenfalls die besondere Verordnung (S. 4.) festsetzen wird.
- S. 12. Die vorbemerkten Bedingungen der Wählbarkeit treten auch für die Befugniß zur Wahl ein, mit dem Unterschiede, daß fur die Wählenden, oder Wahlmanner, die Vollendung des vier und zwanzigsten Lebensjahres genügt; und nicht zehniähriger, sondern nur eigenthumlicher Besit, ohne Rucksicht auf die bei dem dritten Stande nach S. II. zu bestimmende Größe des Grundbesitzes, er= forderlich ist.
- Das Wahlrecht und die Wahlbarkeit ruben, wenn über das Ver-S. 13. mogen deffen, dem diese Befugnisse zustehen, der Konkurs eröffnet ift, imgleichen, während eines nicht einer moralischen Verson zuständigen gesellschaftlichen Besitzes.

Bei dem ersten Stande horen Bahlbarkeit und Wahlrecht auf, wenn durch

Berstückelung die Eigenschaft eines Ritterautes vernichtet wird.

- In mehreren Kreisen Ungesessene konnen in jedem der Kreise, in welchem sie aniassia sind, wählen und gewählt werden. In letterem Kalle bleibt es dem Gewählten überlassen, für welchen Kreis er eintreten will.
- S. 15. Ein Abgeordneter kann auch Mitglied des Landtags einer andern Provinz senn, wenn die Zeit der Versammlung es zuläßt. VII. Ausübung des Niechts der Standschaft.

Wer durch Wahl bestimmt ist, als Abgeordneter auf dem Land= S. 16. tage zu erscheinen, kann keinen Andern für sich bevollmächtigen.

Auch das Wahlrecht muß in Verson ausgeübt werden.

Die Wahlen der Abgeordneten zum Landtage werden von dem ersten Stande auf Kreistagen nach bisheriger Observanz vollzogen.

S. 19. Jede einzelne derjenigen Stadte, welche durch die besondere Verordnung (S. 4.) Virilstimmen erhalten, wählt ihre Abgeordneten zum Landtage in sich; alle übrige Städte ohne Unterschied, ob sie Immediat = oder Mediat= städte sind, wählen in sich Bähler. Diese treten follektiv in Wahlversamm= lungen nach Bezirken zusammen, und wählen die Landtags-Albgeordneten. Die Bahl der Babler wird die bemerkte Verordnung nach der Große der Stadte bestimmen.

3) vom drit= ten Stande.

von den ge: wählten Abge:

b) von ben Mah: fern.

1) vom erften Stande

2) vom zwei: ten Stande.

proneten.

hung des Bahlakts. bei Bollgie:

- Von den Dorfgemeinden wählt eine jede nach ihrer für andere Dorfangelegenheiten hergebrachten Beise einen Babler; die Mabler verfammeln sich mit den Besitzern der einzeln liegenden, zu keiner bestimmten Dorfgemeinde gehorenden Guter des dritten Standes, welche aber das Maaf der Mahlfabigfeit (S. 11.) haben muffen, bezirksweise zur Wahl bes Bezirkswählers; die Bezirkswähler treten dann zusammen, und mablen den Landtags = Albgeordneten.
- S. 21. Die Zusammenlegung der Bezirke, sowohl fur die kollektiv mahlenden Stadte, als fur den britten Stand, wird die besondere Perordnung (S. 4.) festsetsen.

S. 22. Die Wahlen der Abgeordneten zum Landtage geschehen auf Seche aller drei Stände. Jahre bergestalt, daß alle drei Jahre die Halfte der Albgeordneten eines jeden Standes ausscheidet, und alle drei Jahre zu neuen Wahlen geschritten wird.

S. 23. Die für das erstemal Ausscheidenden werden nach drei Nahren

burch das Loos bestimmt. Alle Ausscheidende sind wieder wahlbar.

S. 24. Für jeden Abgeordneten wird gleichzeitig ein Stellvertreter gewählt.

S. 25. Wenn bei den Wahlen zu Wahlern, Bezirkswählern und Land= tags = Albgeordneten, gleiche Stimmen entstehen; so giebt die Stimme des Heltesten der Wählenden den Ausschlag.

Alle Wahlen stehen unter der Aufsicht des Landraths, in dessen Rreise sie vorgenommen werden. Die Wahlen der Bezirkswähler und der Landtags = Albgeordneten leitet er unmittelbar, oder durch einen von ihm zu ernen= nenden Stellvertreter; die Wahlen in den einzelnen Stadten und Dorfgemeinden

aber werden zunächst von der Orts-Obrigkeit geleitet.

S. 27. Die geschehene Wahl der Wähler ist dem Landrath, die Wahl der Bezirkswähler und Landtags = Abgeordneten aber dem Landtags = Rommiffa= rius, mit Einsendung der Wahl-Protokolle, anzuzeigen. Letterer hat zu prufen, ob folche in der Form, und nach den Eigenschaften der Abgeordneten, der Vorschrift gemäß, geschehen sind.

Nur wenn derselbe in diefer Beziehung Mangel findet, ift er berechtigt,

eine andere Wahl zu verlangen.

S. 28. Den Borfigenden auf dem Landtage, welchem Wir den Charafter 5) Ernennung Des Landtags, als Landtags = Marschall beilegen, so wie dessen Stellvertreter, wollen Wir für Marschallsu. die Dauer eines jeden Landtags, aus den Mitgliedern des ersten Standes Selbst bessen Stells ernennen.

S. 29. Für die ersten sechs Jahre werden Wir die Stände zum Pro- fung u. Dauer vinzial - Landtage alle zwei Jahre berufen, nach Ablauf dieses Zeitraums aber des Provinferner bierüber bestimmen.

zial:Landtags.

S. 30. Die Dauer des Landtags wird jedesmal nach den Umständen von Uns festgesett werden.

S. 31. Die Ladung der Mitglieder zu dem für die Eröffnung des Land= tags bestimmten Tage geschieht zu gehöriger Zeit durch Unsern Kommiffarius.

S. 32. Die Abgeordneten muffen sich spatestens an dem Tage vor der Eröffnung des Landtags einfinden, und sich sowohl bei dem Rommissarius, als dem Landtags = Marschall, melden.

S. 33. Der Provinzial=Landtag wird nach gehaltenem Gottesdienste A. Eröffnung

von Unferm Kommiffarius eröffnet.

S. 34. Derfelbe ift die Mittelsperson aller Verhandlungen; an ihn allein und sonftimmunhaben sich daher die Stande wegen jeder Auskunft, oder wegen der Materialien, gen des letztern. deren sie für ihre Geschäfte bedürfen, zu wenden. Er theilt den Ständen in Gemäßheit Unserer Instruktion die Propositionen mit, und empfängt die von ihnen

Kommiffarius

ihnen abzugebenden Erklarungen und Gutachten, so wie ihre sonstigen Vorstel=

lungen, Bitten und Beschwerden.

J. 35. Den Berathungen wohnt er nicht bei; er kann aber den Eintritt zu mündlichen Eröffnungen verlangen, oder eine Deputation zu sich entbieten, so wie die Stände Deputationen an ihn absenden können.

S. 36. Er schließt den Landtag, reicht Uns die Verhandlungen deffelben ein, und publizirt den hierauf zu ertheilenden Landtags = Abschied den Standen.

- B. Geschäfts= gang.
- S. 37. Bei Eröffnung des Landtags sowohl, als zur Fassung gultiger Beschlusse, mussen wenigstens drei Viertheile der Gesammtheit der Abgeordneten auf demselben gegenwärtig senn.

S. 38. In der Versammlung nehmen die Mitglieder der drei Stände

ihren Git nach ber S. 2. bestimmten Reihefolge.

S. 39. Sobald die Propositionen mitgetheilt sind, ernennt der Landtags = Marschall in der Plenar = Versammlung, mit Beobachtung des Stimmen-Verhältnisses, nach Verschiedenheit der Gegenstände, besondere Ausschüsse, welche die an den Landtag gelangenden Angelegenheiten zur Berathung und Beschlußnahme gehörig vorzubereiten haben. Das Direktorium dieser Ausschüsse führt dassenige Mitglied aus dem ersten Stande, welches der Landtags = Marschall dazu bestimmt.

S. 40. Den Geschäftsgang auf dem Landtage leitet überhaupt der Landtags Marschall. Bon seiner Anordnung hängt auch zunächst alles ab, was auf Ruhe und Ordnung in den Versammlungen Beziehung hat. Besonders hat er darauf zu sehen, daß die Verathungen und Arbeiten der Stände möglichst

beschleunigt werden.

- S. 41. Ohne gultige Ursachen und Vorwissen des Landtags = Marschalls darf kein Mitglied auß der Versammlung wegbleiben; Verhinderung der ferneren Theilnahme an dem Landtage durch Krankheit oder andere dringende Ursachen, fordert die Anzeige des Landtags = Marschalls bei dem Landtags = Kommissarius, welcher alsdann sofort den Stellwertreter einberuft.
- J. 42. Wenn ein Mitglied über einen besondern Gegenstand einen Untrag an die Versammlung richten will, so hat dasselbe solches vor der Versammlung schriftlich mit Bemerkung des Gegenstandes dem Landtags=Marschall anzuzeigen. Letzterer ruft dann den Abgeordneten zur Haltung des Vortrags auf. Der Inhalt desselben muß schriftlich zum Protokoll gegeben werden.

S. 43. Die Abkassung der ständischen Schriften trägt der Landtags-Marschall den hierzu geeigneten Mitgliedern des Landtags auf. Jede solche Schrift wird in der Versammlung verlesen, und, nach der Vereinigung über die Fassung, die Reinschrift von dem Landtags-Marschall und den Ständen vollzogen.

S. 44. Alle Schriften, welche nicht einen Antrag an den Kommissarius enthalten, sind an Uns zu richten, und demselben durch eine ständische Deputation. zu übergeben.

S. 45.

S. 45. Die Mitglieder aller Stande von Pommern und Rugen bilben eine ungetheilte Einheit; sie verhandeln die Gegenstände gemeinschaftlich. Zu einem gultigen Beschluffe über solche Gegenstände, welche von Uns zur Berathung an sie gewiesen, oder ihrem Beschlusse mit Vorbehalt Unserer Sanktion überlaffen, ober fonst zu Unserer Kenntniß zu bringen sind, wird eine Stimmen= mehrheit von zwei Drittheilen erfordert; ist diese bei einer Sache, worüber von ben Ständen das Gutachten erfordert worden, nicht vorhanden, so wird solches mit Ungabe der Verschiedenheit der Meinungen ausdrücklich bemerkt. Alle andere ständische Beschlusse konnen durch die einfache Mehrheit ihre Bestimmung erhalten.

S. 46. Bei Gegenständen, bei denen das Interesse der Stande gegen einander geschieden ift, findet Sonderung in Theile statt, sobald zwei Drittheile ber Stimmen eines Standes, welcher sich durch einen Beschluß ber Mehrheit

verlett glaubt, darauf bringen.

In einem folchen Falle verhandelt die Verfammlung nicht mehr in der Gefammtheit, sondern nach den S. 2. bestimmten Standen.

Die auf diese Weise hervorgehende Verschiedenheit der Gutachten der

einzelnen Stände wird dann zu Unserer Entscheidung vorgelegt.

S. 47. Wenn Gegenstände, welche das provinzielle Intereffe eines ber einzelnen in diesem ständischen Verbande begriffenen im S. I. benannten Landestheile betreffen, in der Gefammt=Berathung verhandelt werden, und die . Stimmenmehrheit sich gegen dasselbe erklart hat, so sind die Abgeordneten eines folchen Landestheils berechtigt, ihre abweichende Meinung, mit Berufung auf Unsere Entscheidung zu den Landtags = Verhandlungen zu geben, worauf sie bann jederzeit besondern Bescheid erhalten werden.

S. 48. Bitten und Beschwerden der Stande fonnen nur aus dem besondern Interesse ber Provinzen und ber mit ihnen verbundenen einzelnen Theile hervor= gehen. Individuelle Bitten und Befchwerden hat der Landtag gleich an die betreffenden Behorden, oder an Und unmittelbar zu verweifen; wenn aber Mit= glieder des Landtags von Bedrückungen einzelner Individuen bestimmte Ueberzeugung erhalten, so konnen sie bei dem Landtage, mit gehörig konstatirter Unzeige, barauf antragen, daß derfelbe fich für die Abstellung bei Uns verwende.

S. 49. Alle bei dem Landtage eingehende, fo wie die von demfelben ausgehen= den Antrage muffen schriftlich eingegeben werden. Sind die lettern einmal zurückge= wiesen, so durfen fie nur alsdann, wenn wirflich neue Beranlaffungen oder neue Grunde eintreten, und immer nur erft bei funftiger Berufung des Landtags erneuert werden.

S. 50. Die Stände stehen als berathende Bersammlung eben so wenig nis der Pro-mit den Ständen anderer Provinzen, als mit den Kommunen und Kreisständen vinzialstände. ihrer Provinz in Verbindung; es sinden daher keine Mittheilungen unter ihnen statt. 3,40 den Komminen und
Kreiskänden.

S. 51. Die einzelnen Stände können ihren Abgeordneten keine bindende b) zu den Ab-

Instruktionen ertheilen; es steht ihnen aber frei, sie zu beauftragen, Bitten geordneten. und Beschwerden anzubringen.

D. Schlie= fung des Landtags.

S. 52. Sobald der Kommissarius den Landtag geschlossen hat, ist das ståndische Amt des Landtags=Marschalls beendigt, die landståndischen Berathungen horen auf, und die Stande geben auseinander, auch bleibt kein fort= bestehender Ausschuß zurück. Für solche Gegenstände der laufenden ständischen Berwaltung aber, welche Wir den Standen funftig übertragen werden, konnen sie die geeigneten Dersonen mablen und bestellen, in sofern die Geschäfte solches fordern.

S. 53. Das Resultat der Landtagsverhandlungen wird durch den Druck bekannt gemacht.

E. Verfamm = lungsort.

Zum Versammlungsorte des Landtags bestimmen Wir die Stadt S. 54. Stettin.

F. Reifefoften und Tagegel= der.

S. 55. Die Landtags = Albgeordneten sollen angemessene Reisekosten und Tagegelder erhalten.

Das Weitere hierüber, so wie wegen der allgemeinen durch den Landtag veranlagten Rosten, wird die besondere Berordnung (S. 4.) festseten.

IX. Rommu=

S. 56. Die in jedem der einzelnen Landestheile dieses ständischen Vernal-Landtage. bandes bestehenden Kommunalverhaltnisse gehen auf die Gefammtheit desselben nicht über, wenn solches nicht durch gemeinschaftliche Uebereinkunft beschloffen wird.

> Bis dahin dauern daher die bisherigen Kommunalverfassungen diefer ein= zelnen Landestheile in ihrer observanzmäßigen Einrichtung fort, und Wir gestatten, daß fur diese Angelegenheiten, auf vorgangige Anzeige bei Unserm Landtags= Rommiffarius und deffen Bewilligung, jahrlich befondere Rommunal=Landtage, jedoch mit verhältnißmäßiger Zuziehung von Abgeordneten aller Stände, welchen das gegenwärtige Gesetz die Landstandschaft beilegt, für Altvor = und Hinterpom= mern in Stettin und fur Neuvorpommern und Rugen in Stralfund gehalten mer-Die Beschlusse über Veränderungen in den Kommunal = Einrichtungen und neue Rommunal = Auflagen, bedürfen Unserer Sanktion.

> Bur Kestsetzung der deshalb nothigen naberen Bestimmungen und Ord= nungen erwarten Wir die Vorschläge des nächsten Landtags.

X. Kreisstän= dische Ber= fammlungen.

Was die freisständischen Versammlungen betrifft, so sollen solche, wo sie bis jest noch statt finden, bis auf weitere Anordnung ferner bestehen, und da, wo sie früher bestanden haben, wieder eingeführt werden.

Bon dem ersten Landtage, zu welchem dieser ständische Verband berufen werden wird, erwarten Wir die Vorschläge, wie die freisständischen Versamm= lungen mit den Modifikationen, welche der Zutritt aller Stande erfordert, einzurichten senn werden.

Urfundlich unter Unserer Hochsteigenhändigen Unterschrift und Beidrückung Unsers großen Königlichen Insiegels.

Gegeben Berlin, den Isten Juli 1823.

(L.S.)

Friedrich Wilhelm.

von Schuekmann.